

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 05.02.2014
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

Mitglieder:

Barbara Büscher	Stadtlohn	
Bernadette Aehling	Borken	
Dr. Mariele Averkamp	Reken	
Arno Berning	Raesfeld	
Günter Kendzierski	Gronau	
Stephanie Pohl	Gescher	
Theo Sanders	Bocholt	Vertretung für Frau Silke Sommers
Peter Schemitzek	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	
Hermann Gebbing	Isselburg	Vertretung für Herrn Reimar Ohström
Martin Huesmann	Ahaus	
Manfred Mäteling	Isselburg	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Gerti Tanjek	Bocholt	Vertretung für Herrn Gerhard Ludwig
Andreas Wethmar	Vreden	Vertretung für Herrn Josef Leinen
Uwe Fleischhauer	Legden	Vertretung für Frau Marita Wagner

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster
Norbert Nießing
Annette Scherwinski
Matthias Krügel
Susanne Lökes

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Büscher eröffnet um 17.05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Bericht über den aktuellen Stand der Krankenhausfinanzierung und der Krankenhausbedarfsplanung in NRW Vorlage: 0020/2014

Frau Scherwinski erläutert aus aktuellem Anlass (Finanzierung des St. Agnes-Hospitals in Bocholt) die Krankenhausfinanzierung und die Krankenhausbedarfsplanung in NRW anhand eines Folienvortrages (**Anlage 1**).

Auf Anfragen von Ausschussmitgliedern weisen Frau Scherwinski und Herr Dr. Hörster darauf hin, dass die Mittel des Landes grundsätzlich knapp bemessen seien; die Quote des Kommunalanteils bleibe dabei unverändert. Bei einer neuen, höheren Auskömmlichkeitsgrenze bedeute dies daher gleichzeitig einen höheren Beitrag der Kommunen. Eine ergänzende einzelfallbezogene Finanzierung durch den Kreis Borken komme nicht in Betracht. Ergänzend wird auf eine Fragen- und Antwortübersicht des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken verwiesen, die als Anlage beigefügt ist (**Anlage 2**). Die auskömmliche Finanzierung sei letztendlich durch den Gesetzgeber zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Frage, ob eine komplette Auskömmlichkeit vom Land unterstellt oder auch ein Eigenanteil einbezogen wird, sei zu berücksichtigen, dass die gesetzliche Krankenhausfinanzierung dem Krankenhausträger eine verlässliche Sicherheit bieten solle. Der Patient zahle letztendlich nur den Betrieb und die Behandlung, nicht jedoch die Bauinvestitionen.

Planung und Finanzierung gelten dagegen nicht für Privatkliniken. Diese seien nur anzumelden und zu genehmigen; die Kosten seien – über die Privatzahler – eigenfinanziert.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesund nimmt den Bericht über den aktuellen Stand der Krankenhausfinanzierung und der Krankenhausbedarfsplanung in NRW zur Kenntnis.

Punkt 2: Umsetzung SGB II: Budgetplanung 2014 Vorlage: 0015/2014

Herr Nießing weist einleitend unter Bezugnahme auf die der Einladung beigefügten „SGB II-Budgetplanung 2014“ darauf hin, dass bei den Planungen von einer Querbewegung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (Jahresdurchschnitt von 7.900 Bedarfsgemeinschaften) ausgegangen werde. Neben dem Verweis auf die Zielplanungen erläutert er kurz, dass das Bundesbudget für 2014 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € auf 17,55 Mio. € gesunken sei.

Frau Lökes verweist ergänzend auf das Ergebnis 2013, dass durch eine bessere Ausschöpfung der Maßnahmen eine nahezu komplette Mittelnutzung herbeigeführt worden sei. Für das Jahr 2014 wären dann in der „Detailplanung Eingliederung“ (Anlage zur SGB II-Budgetplanung 2014) die einzelnen Maßnahmen sowie der dazugehörige Mittelabfluss benannt.

Hinsichtlich der Nachfrage von Frau Tanjsek, „die Leistungen für Bildung und Teilhabe **sollten** vollständig vom Bund erstattet werden“, weist Herr Dr. Hörster zur aktuellen Sachlage darauf hin, dass ein Gesetzesentwurf zur Spitzabrechnung dem Kreis Borken bekannt, der Umsetzungszeitpunkt jedoch unbekannt sei. Es bestehe aber Grund zur Hoffnung, dass in 2014 eine Regelung geschaffen werde, die für das bzw. ab dem Jahr 2014 gelten werde.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der vorgesehenen Budgetplanung 2014 zu.

- Punkt 3: Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2014**
- Vorbericht zum Haushalt 2014
 - **Budget 01 "Soziales"**
 - **Übersicht über die Ergebnisse der Einzelbudgets - Bereich Budget 01 Soziales**
 - **Diagramm Ordentlicher Ertrag/Ordentlicher Aufwand des Budgets 01 Soziales**
 - **Übersicht über die Ergebnisse der Produkte des Budgets 01 Soziales**
 - **Diagramm Nettoaufwand im Budget 01 Soziales**
 - **Veränderungen im Budget 01 - Soziales > 50.000 EUR**
 - **Änderung der Haushaltsdaten im Budget 01**
 - **Budget 04 "Gesundheit"**
 - **Übersicht über die Ergebnisse der Einzelbudgets - Bereich Budget 04 Gesundheit**
 - **Diagramm Ordentlicher Ertrag/Ordentlicher Aufwand des Budgets 04 Gesundheit**
 - **Übersicht über die Ergebnisse der Produkte des Budgets 04 Gesundheit**
 - **Diagramm Nettoaufwand im Budget 04 Gesundheit**
 - **Veränderungen im Budget 04 Gesundheit**
 - **Änderung der Kennzahlen im Budget 04**
 - **Anträge externer Verbände und Institutionen (Ex 02,...)**
 - **Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2014 zu Hilfen bei Pflegebedürftigkeit**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2014 zu Hilfen bei Pflegebedürftigkeit**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2014 zur Mitfinanzierung einer halben Stelle für eine Bürokräft bei der Verbraucherzentrale in Gronau**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2014 zum Fahrdienst für behinderte Menschen (Vorab zur Sitzung des AfASG am 11.09.2014)**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2014 zur Förderung der Wohnraumberatung (Vorab zur Sitzung des AfASG am 11.09.2014)**
- Vorlage: 0014/2014**

Herr Nießing erläutert einleitend die Eckpunkte des Budgets 01 auf Grundlage der Ausführungen im Vorbericht zum Haushalt 2014 des Kreises Borken zum Bereich Soziales (S. 56 bis 59).

Anschließend werden – wie in den Vorjahren – die Budgets seitenweise durchgegangen und Fragen hierzu geklärt. Hinsichtlich der Schulsozialarbeit nach BuT, bei der die Bundesleistungen entfallen sind, gehen Herr Dr. Hörster und Herr Nießing davon aus, dass diese künftig praktisch eins zu eins fortgeführt würden. Das Ergebnis einer entsprechenden Abfrage in den Städten und Gemeinden des Kreises Borken ist dieser Niederschrift beigelegt (**Anlage 3**).

Danach werden in Reihenfolge der Budgets die Anträge beraten.

Antrag der CDU-Fraktion vom 05.02.2014 zu „Hilfen bei Pflegebedürftigkeit“
Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2014 zu „Hilfen bei Pflegebedürftigkeit“
Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2014 zur „Förderung der Wohnraumberatung“

Frau Pohl erläutert zum Antrag der CDU-Fraktion, dass sich aus verschiedenen Anlässen die Frage nach der Pflegeinfrastruktur im Kreis Borken ergeben habe und daraus folgend der Antrag gestellt worden sei.

Herr Huesmann gibt zu den Anträgen der SPD-Fraktion an, dass diese in einem Paket mit dem Antrag der CDU-Fraktion beschlossen werden könnten. Er wünscht dabei, dass zur Arbeitsmarktsituation auch Ausführungen zu den Pflegefachkräften vorgenommen werden.

Hinsichtlich der zeitlichen Abfolge weist Herr Dr. Hörster darauf hin, dass in der nächsten Sitzung allenfalls ein Raster mitgeteilt werden könne; ein abschließender Bericht sei wohl erst frühestens für den neuen Ausschuss im September möglich.

Vorsitzende Büscher lässt über die Beschlussvorschläge insgesamt abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beauftragt die Verwaltung, über die Pflegeinfrastruktur im Kreis Borken zu berichten mit der Maßgabe,

- eine auch regional scharfe umfassende Bestandsaufnahme der Pflegesituation im Kreis Borken vorzunehmen,
- Akteure und Partner zu benennen,
- Herausforderungen der Zukunft zu beschreiben,
- mögliche Lösungsansätze sowie deren konkrete Auswirkungen auf die Beteiligten zu beschreiben, wie auch in Zukunft eine angemessene Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann,
- die Arbeitsmarktsituation der Pflegefachkräfte zu analysieren und
- die Arbeit der trägerunabhängigen Pflegeberatung in den Kommunen des Kreises Borken zu beschreiben.

Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, in der ersten Sitzung des neu gewählten Ausschusses am 11.09.2014 zu berichten, in welchen Kommunen des Kreises bisher Wohnraumberatung angeboten wird, wie diese Angebote angenommen werden und wie diese Angebote bisher vom Kreis gefördert werden.

Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2014 zur „Mitfinanzierung einer halben Stelle für eine Bürokräft bei der Verbraucherzentrale Gronau“

Herr Huesmann erläutert, dass die SPD-Fraktion die Mitfinanzierung nach wie vor für sinnvoll halte und zumindest eine Ausweitung im Nordkreis herbeigeführt werden sollte. Herr Wethmar (*Korrektur: vorher „Wegmann“*) stimmt wie bisher dem Anliegen der SPD-Fraktion zu.

Frau Pohl führt aus, dass die mehrheitliche Auffassung gegen die Mitfinanzierung unverändert sei. Herr Gebbing hält den Kreis Borken nicht für zuständig, da das Beratungsangebot zu lokal ausgerichtet sei.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 7 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag der SPD-Fraktion zur „Mitfinanzierung einer halben Stelle für eine Bürokräft bei der Verbraucherzentrale Gronau“ ab.

Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2014 zum „Fahrdienst für behinderte Menschen“

Herr Huesmann führt aus, dass es bei dem Antrag um einen Bericht auf Grundlage einer Situationsanalyse gehe.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beauftragt die Verwaltung, in der ersten Sitzung des neu gewählten Ausschusses am 11.09.2014 über den Behindertenfahrdienst zu berichten.

Antrag der Aidshilfe Westmünsterland e. V. vom 21.11.2013 auf Erhöhung des Kreiszuschusses um jährlich 5.000,00 €

Dr. Hörster bezieht sich einleitend auf die letzte Beratung in diesem Ausschuss sowie auf die beiliegende Stellungnahme der Verwaltung. Im Falle eines Beschlusses für die Erhöhung würde innerhalb der Verwaltung ein entsprechender Deckungsvorschlag erarbeitet.

Frau Pohl befürwortet den Antrag, jedoch mit der Maßgabe einer Befristung auf vier Jahre und eines Berichtes zum Ablauf dieses Zeitraumes. Herr Huesmann schließt sich diesem Vorschlag an.

Vorsitzende Büscher lässt über den geänderten Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, die Zuwendungen für die Aidshilfe Westmünsterland e. V. ab 2014 bis einschl. 2017 jährlich um 5.000,00 € auf 25.000,00 € zu erhöhen.

Abschließend lässt Vorsitzende Büscher über die Beschlussentwürfe der einzelnen Budgets abstimmen.

Budget 01

**Beschluss: 9 Ja-Stimmen
 6 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Budgets 01 „Soziales“ für das Jahr 2014 unter Berücksichtigung der mehrheitlich beschlossenen Anträge.

Budget 04

**Beschluss: 15 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Budgets 04 „Gesundheit“ für das Jahr 2014 unter Berücksichtigung des mehrheitlich beschlossenen Antrages.

Punkt 4: Teilhabe an Arbeit – 1000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen
Anfrage der Fraktion B90/ Die Grünen vom 27.01.2014
Vorlage: 0044/2014

Herr Dr. Hörster ergänzt zu den vorliegenden Sitzungsunterlagen, dass das Thema in der nächsten Bürgermeisterkonferenz in Verbindung mit einem Fachvortrag aufgegriffen werde. Außerdem verweist er auf ein aktuelles „Magazin der Integrationsunternehmen in Westfalen-Lippe“ des LWL, welche als gesonderte **Beilage** dieser Niederschrift beigefügt ist.¹

Frau Tanjsek äußert Interesse am Referenten bzw. am Vortrag in der Bürgermeisterkonferenz. Herr Dr. Hörster erläutert zur Platzierung in der Bürgermeisterkonferenz, dass es sich bei dem Thema Inklusion um ein gesamtgesellschaftliches Problem handele, bei dem es auch um Beschäftigung in den Rathäusern und darüber hinaus insbesondere in Unternehmen gehe.

Herr Huesmann fragt beziehungsweise auf die Stellungnahme der Verwaltung zu den Stellenbesetzungsverfahren an, inwieweit tatsächlich eine Auswahl eines Menschen mit Behinderung vorgenommen wurde. Herr Nießing bestätigt hierzu, dass der Bestand der schwerbehinderten Menschen in der Kreisverwaltung überwiegend darauf beruhe, dass diese während ihres Erwerbslebens diesen Status erhalten haben. Er weist jedoch auch darauf hin, dass schwerbehinderte Menschen in Auswahlverfahren auf jeden Fall zum persönlichen Gespräch eingeladen werden.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

5.1 Wegweiser für das Leben im Alter

Herr Nießing weist auf den neuen Wegweiser für das Leben im Alter im Kreis Borken hin, der bereits für alle Anwesenden ausliege. Dieser sei außerdem bei den Städten und Gemeinden im Kreis Borken erhältlich.

Zur Anfrage von Herrn Gebbing hinsichtlich der Firmenanzeigen weist Herr Nießing darauf hin, dass der Kreis Borken mit einer Agentur zusammenarbeite, die ihrerseits die Möglichkeit zur Werbung biete. Daraus folgend habe der Kreis praktisch keine Kosten für den Druck.

¹ Weitere digitale Informationen zum Thema „Richtung Inklusion“ unter <http://www.lwl.org/LWL/Soziales/Richtung-Inklusion>, speziell zu Integrationsunternehmen unter <http://www.lwl.org/LWL/integrationsunternehmen-westfalen>

Punkt 6: Anfragen

6.1 Veranstaltungshinweis „Tutti fratelli“

Vorsitzende Büscher verweist im Zusammenhang mit der Inklusion auf die Veranstaltung „Tutti fratelli“ am 05.04.2014 in der Stadthalle Vennehof Borken. Bei den Mitgliedern des Ensembles „Roladores“ handelt es sich um Menschen mit und ohne Behinderung, um psychisch Kranke und um Vertreter verschiedenster Nationalitäten. Der Flyer hierzu ist dieser Niederschrift beigelegt (**Anlage 4**).

6.2 Vernetzung der Aktivitäten im Bereich Inklusion

Herr Huesmann weist darauf hin, dass das Thema Inklusion neben diesem Ausschuss auch in dem Jugendhilfeausschuss sowie in dem Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport beraten werde. Er regt daher zur künftigen Verfahrensweise an, die einzelnen Aktivitäten zu verknüpfen. Herr Dr. Hörster entgegnet hierzu, dass sich der Arbeitskreis Behindertenhilfe mit seinen Unterarbeitsgruppen übergreifend mit dieser Thematik befasse. So gebe es aktuell einen Inklusionsplan im Bereich Bildung; anschließend würden weitere Themen, wie z. B. Barrierefreiheit und Wohnen angegangen. Frau Pohl ergänzt hierzu, dass die Inklusionspläne auf Ebene des Kreises allgemein gehalten sind; konkrete und unmittelbare Maßnahmen seien darin nicht enthalten.

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 18.55 Uhr.

gez.

Barbara Büscher

gez.

Matthias Krügel